

Moser, Carsten R.

Article — Digitized Version

Mit vorsichtigem Optimismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Moser, Carsten R. (1970) : Mit vorsichtigem Optimismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 6, pp. 338-339

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134127>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mit vorsichtigem Optimismus

Am 30. Juni ist es soweit! An diesem Tag beginnen in Luxemburg die Verhandlungen zwischen der EWG und den vier Beitrittskandidaten England, Irland, Dänemark und Norwegen. Aber je näher dieses Datum rückt, desto größer wird die Zahl der Beitrittsgegner in England. Nach jüngsten Meinungsumfragen hat sich die Zahl der Inselbewohner, die gegen eine EWG-Mitgliedschaft sind, auf 63% erhöht.

Angesichts der Stimmung im eigenen Lande gilt Wilsons Ausspruch „kein Beitritt um jeden Preis“ nicht nur für eine Labour-Regierung. Die am 18. Juni neu zu wählende Regierung muß versuchen, sich eine günstige Ausgangssituation zu verschaffen und einen Großteil ihrer Vorstellungen so schnell wie möglich durchzusetzen, wenn sie den Beitrittsgegnern keine allzu große Angriffsfläche bieten will. Dieser Zwang zum Erfolg kann zur Belastung werden. Nicht nur in den Gesprächen zwischen der EWG und England, sondern auch in den übrigen Beitrittsverhandlungen. Denn Irland, Dänemark und Norwegen haben deutlich zu verstehen gegeben, daß sie ihre Aufnahmeanträge zurückziehen würden, wenn die Bemühungen Englands um Aufnahme in den Arriviertenclub scheitern sollten. Es wäre jedoch voreilig anzunehmen, daß diese Beitrittsverhandlungen sich „automatisch“ vollziehen werden.

Auch bei den anstehenden Gesprächen mit den drei „Kleinen“ werden ohne Zweifel noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein — bei der Diskussion über die Schutzmaßnahmen für ihre Industrien gegen die starke EWG-Konkurrenz ebenso wie bei der Vereinbarung einer genügend langen Anpassungszeit für ihre Landwirtschaft. Aber diese Beitrittsverhandlungen dürften kaum daran scheitern, daß Irland, Dänemark oder Norwegen zu hohe Forderungen stellen. Für sie werden die Ergebnisse der Gespräche zwischen Großbritannien und der EWG letztlich entscheidend sein.

Eines der größten Hindernisse, das in dieser Hauptrunde überwunden werden muß, ist das unterschiedliche Agrarpreisniveau dies- und jenseits des Kanals. Die während der letzten 12 Jahre betriebene EWG-Agrarpolitik hat zu einem Preisniveau innerhalb der Gemeinschaft geführt, das weit über dem Weltmarktniveau liegt. Importe aus Drittländern werden durch zollähnliche Abschöpfungen auf das EWG-Preisniveau angehoben, während die Agrarexporte durch Subventionen aus dem Agrarfonds verbilligt werden. Diese Politik führte bei nicht wenigen Produkten zu einer ungemein großen Überschußproduktion und damit zur Entstehung der berühmten „Berge“.

Auch die am 21. März — wider jeglichen wirtschaftlichen Sachverstand — vereinbarte Weinmarktordnung wird uns nun wohl die Errichtung einer „Weintalsperre“ bringen. Einmal mehr war der Ministerrat gezwungen, gegenüber engstirnigen Nationalinteressen viel zuviel Nachsicht zu üben, um den Beginn der Beitrittsverhandlungen nicht zu gefährden. Aber die Italiener weigerten sich, vor der Verabschiedung der Weinmarktordnung ihre Unterschrift unter das Finanzpaket zu setzen, das die zukünftige Agrarfinanzierung festlegt. Und die Franzosen waren

ihrerseits erst n a c h Regelung der Agrarfinanzierung bereit, über den Eröffnungstermin der Beitrittsverhandlungen mit sich reden zu lassen. Das Ergebnis ist eine erneute Verschärfung des Überschußproblems. Viel schlimmer noch: Eine Lösung dieses Problems zeichnet sich auf lange Sicht nicht ab. Die EWG-Kommission glaubt zwar, mit dem überarbeiteten Mansholt-Plan ein realistischeres Konzept zum Abbau der Agrarüberschüsse und zur Senkung der EWG-Agrarpreise auf Weltmarktniveau geliefert zu haben. Aber dieses Programm ist so langfristig angelegt, daß seine Ziele innerhalb der nächsten Jahre weiterhin ein Traum des gequälten Verbrauchers bleiben.

Erschwert werden die anstehenden Verhandlungen dadurch, daß sich auch die britischen Landwirte einer Vergütung für ihre Produkte erfreuen, die über dem Weltmarktniveau liegt. Zwischen der Regierung und der Landwirtschaft werden Jahr für Jahr fest garantierte Agrar„preise“ ausgehandelt. Auf dem Markt werden aber sowohl die importierten als auch die einheimischen Nahrungsmittel zu Weltmarktpreisen angeboten. Die Differenz zwischen den Weltmarktpreisen und den ausgehandelten Garantiepreisen wird den englischen Bauern gemäß ihrem Absatz aus Steuergeldern – letztlich also auch zu Lasten des Verbrauchers – erstattet.

Eine Übernahme dieses gleichermaßen unvollkommenen englischen Systems durch die „Gemeinschaft der Zehn“ ist undenkbar, da es die Agrarfinanzierung um das Dreifache verteuern würde. Denn schon heute ist das Volumen des EWG-Agrarfonds mit ca. 10 Mrd. DM im Rechnungsjahr 1969/70 nahezu übermäßig hoch und kaum noch tragbar. England wird deshalb nicht umhin können, sein bisheriges System über Bord zu werfen und sich innerhalb einer Übergangszeit dem höheren EWG-Agrarpreisniveau anzupassen. Eine bittere Pille! – die man aber den Verbrauchern des Insel-Königreichs nicht ersparen kann. Doch vorläufig sträubt sich die britische Seele dagegen.

Auf dem Gebiet der Industriepolitik dürfte es dagegen wegen des Abbaus der noch vorhandenen Zollschranken kaum zu Meinungsverschiedenheiten kommen. Auch der Wunsch Englands, weiterhin seine besonderen Beziehungen zum Commonwealth zu pflegen, scheint kein unlösbares Problem zu sein. Die EWG-Kommission hat während der letzten Jahre ihre Präferenzonenpolitik – trotz erheblicher GATT-Bedenken – mit Erfolg weitergeführt. Als Gegenreaktion darauf hat nun auch Präsident Nixon angekündigt, daß die USA allgemeine Zollpräferenzen für Halb- und Fertigwaren zugunsten derjenigen Länder gewähren wollen, die noch nicht einer bestehenden Präferenzzone angehören – nach dem Motto „if you can't beat them, join them“. Angesichts dieser Tendenzen zu fest abgegrenzten Präferenzonen wird eine Assoziierung des Commonwealth an die EWG kaum noch Aufsehen erregen.

Ungeklärt ist bis heute noch eine Frage von großem Interesse – die Haltung Englands zum Ausbau der EWG zu einer Wirtschafts- und Währungsunion. Noch hat sich keine offizielle Stelle dazu bequemt, zu diesem Problem Stellung zu beziehen. Sollte die neue Regierung der Anregung zahlreicher englischer Publizisten folgen und Forderungen nach Erhaltung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Souveränität innerhalb der EWG stellen – z. B. hinsichtlich einer eigenständigen Wechselkurspolitik –, so könnte dieser Punkt zur Bombe für die Verhandlungen werden. Denn an der grundsätzlichen Bereitschaft der Gemeinschaft der Sechs, zu einer Wirtschafts- und Währungsunion in Anlehnung an den Barre-Plan zu gelangen, wird auch England nicht rütteln können.

Die große Frage ist und bleibt: Werden die Engländer bereit sein, tiefgehende Eingriffe in ihre nationale Souveränität zuzulassen und sich dem Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion zu unterwerfen? Erst der Verhandlungsverlauf wird zeigen, wie ernst es b e i d e n S e i t e n mit dem wirtschaftlichen – und zwangsläufig auch politischen – Integrationsprozeß Europas ist. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit lassen einen zu großen Optimismus nicht mehr zu. Fast zu lange Zeit mußten die Europäer auf den 30. Juni warten! Aber wer will schon vor dem eigentlichen Verhandlungsbeginn den Teufel an die Wand malen?

Carsten R. Moser